

Mit oder ohne Verantwortung?

Großkonzerne oder: Wer regiert Indonesien?

In der Ausgabe der *The Straits Times (Singapore)* vom 20. August 2010 drückte Robin Chan die Stimmung der internationalen Großkonzerne bezüglich Indonesien wie folgt aus: »Singapore Investors Pour Money Into Indonesia«. Im zweiten Quartal dieses Jahres investierte Singapur 1,6 Milliarden US-Dollar in Indonesien, obwohl Indonesien als ein korruptes Land mit schwacher Infrastruktur und aufgrund vieler politischer Unruhen als geschwächt gilt.

Jusuf Suroso

Laut *International Enterprise (IE) Singapore* stiegen die direkten Auslandsinvestitionen in Indonesien von 508 Millionen US-Dollar im Jahr 2006 auf 4.4 Milliarden US-Dollar im letzten Jahr und machten Singapur, laut *Indonesian Investment Coordination Centre (BKPPM)*, damit zum »top investor«.

Diese Zahl bezieht sich auf über 156 Projekte und bildet damit den Löwenanteil der 3,7 Milliarden US-Dollar, die Indonesien global in der Periode von April bis Juni dieses Jahres anziehen konnte. Private Investitionen in Indonesien sollten dieses Jahr 20 Milliarden US-Dollar erreichen und die Schätzungen des Vorjahres weitaus übertreffen, so das BKPPM (Dow Jones, Jakarta 25.8.2010).

Die Fragestellung, die im Titel steckt, stammt eigentlich noch aus der Zeit der heilen Welt der Rot-Grünen Koalition, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder noch mit Genuss seine Zigarren in der Öffentlichkeit ansteckte und Fraktionschef Franz Müntefering diese akademische Fragen in kleiner Runde von Journalisten stellen durfte. Wie sich später herausstellte, war es die Zeit des massiven Einzugs des Neoliberalismus in der bundesdeutschen politischen und wirtschaftlichen Landschaft.

Fragen wie »Was bedeutet die zunehmende Verlagerung der Produktion nach Osteuropa oder Südostasien für die Region?« wurden aufgeworfen. »Die Standortvorteile für Großunternehmen werden durch einen Unterbietungswettbewerb für Sozial- und Umweltstandards in Süd- und Südasiens erkaufte«, hieß es. Auf die Frage »Chance oder Fluch?«, wurde erwidert, »dass auf der einen Seite Arbeitsplätze, Wohl-

stand und Infrastruktur geschaffen werden, auf der anderen Seite mit Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen und politischer Einflussnahme zu rechnen sei«.

Es waren damals auch schon im Wesentlichen eurozentrische und klassenzentrische Fragen gewesen. Wer würde den südostasiatischen Tigerländern im Kampf um knappe Ressourcen (in casu: Auslandsinvestitionen) ihren Platz an der Sonne verwehren wollen? Für Müntefering wird sich die Macht der Großkonzerne in der deutschen Landschaft später genau so darstellen, wie in südostasiatischen Ländern, darunter auch Indonesien.

Für Südostasien war dies eigentlich eine müßige Frage. Nach dem Machtantritt Suhartos war eine seiner ersten Amtshandlungen 1966 die Anfertigung einer Auslandsinvestitionsgesetzgebung von der »Berkeley Mafia«, wie sie in Harvard vorformuliert worden war und alsbald vom gleichgeschalteten Parlament unter Suhartos Gefährten General Sudarmono verabschiedet wurde. Dieses Auslandsinvestitionsgesetz, überwacht von der Investitionsbehörde *BKPPM*, öffnete Tür und Tor für alle westlichen Mächte und ihre Großkonzerne, sich zu bedienen und an den indonesischen Ressourcen zu äußerst niedrigen Preisen zu bereichern. Ein Strom an Auslandsinvestitionen in Richtung Indonesien brach los (seit 1967 schätzungsweise fünf Milliarden US-Dollar im Jahr, ohne die Einrechnung der Entwicklungshilfegelder der Weltbank, IWF und des Geberländerkonsortiums IGGI (Intergovernmental Group on Indonesia)). Die USA (Exxon, Texaco) und Großbritannien (BP) standen an der Spitze der Investitionen in die seinerzeit noch sprudelnden Ölressourcen, die Japaner partizipierten an den reichen Fischvorkommen (80 Prozent der indonesischen Fischbestände wurden und werden nach Japan exportiert). Australien profitierte vom Bergbau (Monsantos, Riotinto) und Gold, ebenso wie die USA (Newmont) vom Mangan-, Uran-, und Kupferabbau (Freeport).

Erst mit der Regierung unter Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) findet seit 2004 eine neue Art der Wirt-

Der Autor, Sozialwissenschaftler, gründete den Arbeitskreis Indonesien Köln (AKI), ist Südostasienkorrespondent und arbeitet zu entwicklungspolitischen und Wirtschaftsfragen.

schaftspolitik im Sinne des Neoliberalismus Eingang in Indonesien. Nur Makroindikatoren sind nach den Prinzipien der »SBY-nomics«, in Anlehnung an die »Reagonomics« der 1980er Jahre, für die Wirtschaftspolitik SBYs relevant (Kwik Kian Gie in Metro TV, 20.10.2010, 18.45), was möglichst wenige Interventionen der Zentralregierung bedeutet. Eine Welle der Privatisierung, die unter Expräsidentin Megawati auf Drängen der Weltbank schon angefangen hatte, wird weiter vorangetrieben.

Stolz kann die heutige Regierung SBYs ein Brutto-sozialprodukt (BSP) von 6,2 Prozent im Jahr 2010 (gegenüber 5,7 Prozent im Vorjahr) vorweisen. Ein Wachstum, das hauptsächlich den Makrosektor erfasst (acht Prozent) und weniger den Mikrosektor (zwei Prozent). Im Vergleich zum Jahr 1998, als das Wachstum um minus 13,9 Prozent gesunken war, ist dies für SBY und seine neoliberalen Freunde ein Anlass zur Freude. Allerdings warnt der ehemalige Minister Kwik Kian Gie davor, auf diese Milchmädchenrechnung hereinzufallen.

Nach dem Prinzip »How to lie with statistics« (Darell Huff, 1997), kann eine Zahl, wie die des BSP, durchaus hohe Wachstumszahlen aufweisen, ohne dass dies für die Masse der Bevölkerung spürbar wird. In diesem Fall wurden durch Investitionen ausländischer Großkonzerne in die Rohstoff- und die Petroindustrie sowie in den Mineralölsektor, insbesondere in Ostindonesien und West Papua, hohe Wachstumszahlen erreicht.

Während die Auslandsverschuldung Indonesiens weiterhin stieg (180,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 gegenüber 83 Milliarden US-Dollar 1998 am Ende der Suharto Ära), flossen 80 Prozent der Auslandsinvestitionen der letzten Jahre in den Finanzsektor, der etwa zehn Prozent der indonesischen Wirtschaft umfasst. Der größte Teil der Investitionen waren demnach Spekulationsgelder aus der Goldman-Sachs-Ära für das Wertpapiergeschäft an der Jakarta Börse und dadurch in Gefahr, jederzeit wieder abgezogen werden zu können.

Bei einem weiteren Großteil der Investitionen, die nach Ostindonesien und West Papua gingen, kommen die ungleichen Bodenbesitzverhältnisse hinzu. 56 Prozent des Bodens befinden sich im Besitz von nur 0,2 Prozent der Bevölkerung

Darüber hinaus behauptet die Regierung SBYs jedoch, dass die Exportzahlen weiterhin ansteigen würden. Dies war laut Kwik Kian Gie nur im Bereich der Palmölindustrie der Fall, die größtenteils ebenfalls im Besitz der Großkonzerne ist und nur wenig Wirkung auf die Steigerung des Lebensstandards der großen Masse hat. Ganz im Gegenteil waren die Wachstumszahlen der einheimischen Industrie (»sektor riil«) gegenüber des Vorjahres sogar um 4,3 Prozent gesunken, was sich in einem niedrigerem Einkommen der Mittelschicht und unterer Schichten niederschlug.

SBY zufolge hielt sich die Arbeitslosigkeit in Grenzen (etwa 7,4 Prozent gegenüber 11,2 Prozent im Jahr 2005). Die Kriterien der Arbeitslosigkeit sind jedoch unklar. Es handle sich um inakkurate Schätzungen vom Amt für Statistik (BPS) nach dem Prinzip »garbage in, garbage out«, meinte Kwik (Metro TV 20.10.2010). Auch die Armut sei, so SBY um ein Prozent im Trend gesunken. Laut Berechnungen des *World Food Programms* (WFP), welches von einem Einkommen von zwei Dollar pro Tag ausgeht, leben 52 Prozent der Bevölkerung oder 120 Millionen Indonesier unterhalb der Armutsgrenze und nicht 14 Prozent, wie SBY behauptet (*The Jakarta Globe* 14. September 2010). 35 Millionen Indonesier leben dieser Quelle zufolge von einem Einkommen von weniger als 65 US-Cent pro Tag und somit in absoluter Armut (FAO und WFP in September 2010).

Als extremes Beispiel muss im Ausland oft die Firma Freeport, ein multinationales Bergbauunternehmen mit einer fragwürdigen Menschenrechts- und Umweltbilanz herhalten. Häufig wird die Vermutung geäußert, »Freeport sei der größte Steuerzahler in Indonesien«, was so nicht stimmt. Der größte Steuerzahler ist angeblich die Tabakindustrie.

Wirtschaftlicher Einfluss und politische Macht

»Drückt sich dieser wirtschaftliche Einfluss auch in politischer Macht aus?«. Und »ist überhaupt zu erwarten, dass für Freeport Gesetze und Bestimmungen genauso gelten wie für alle anderen?«.

Die Frage ist falsch gestellt. Die Gesetze und Bestimmungen wurden seit 1966 von den USA so manipuliert, dass diese für Freeport erst gar keine Probleme darstellen. Laut Bericht der Weltbank 1998, überwies in der Anfangsphase 1966 Freeport die Lizenzgebüh-



ren unmittelbar auf das Konto des Diktators Suharto und später auf das des entsprechenden Ministers für Bergbau, Ginanjar Kartasasmita.

Auch unter der Regierung Megawati wurden nach 1998 Verträge mit Großkonzernen abgeschlossen, besonders auf dem Rohstoff- und Bergbausektor, die zu besonders ungünstigen Konditionen für Indonesien ausfielen, wie die Parlamentarier später feststellen mussten (zum Beispiel die Verträge hinsichtlich der *Liquefied-Natural-Gas* Lieferungen aus West Papua).

Interessanterweise nehmen in Phasen des Ausverkaufs indonesischer Rohstoffe westlich orientierte Politiker Schlüsselpositionen ein wie beispielsweise der protestantisch-christliche Bambang Yudiantoro, ein führendes Kirchenmitglied der Zentral-Javanisch-Protestantischen Kirche (GKJ), welcher in der Regierung Megawati das Bergbauministerium führte. Yudiantoro, Politiker und Vertrauensmann Washingtons und der US Großkonzerne, wurde im neuen Kabinett Verteidigungsminister, ohne dass es in dem vom Islam majorisierten Land einen Aufschrei der Empörung gegeben hätte.



Eine weitere Schlüsselposition in der heutigen Führungsriege SBYs zur Sicherung der Position der westlichen Großkonzerne ist der Stabchef (KSAD) der Armee George Toysutta, ein ebenfalls christlich-protestantischer Offizier. Sein Bruder, ein Hochschullehrer der *Universitas Kristen Satya Wacana* (UKSW) in Salatiga, wurde jahrzehntelang von protestantischen Entwicklungshilfeorganisationen in Deutschland unterstützt, sowie schon unter Suharto von christlichen Geheimdienstlern finanziell mit Entwicklungshilfegeldern aus Deutschland gefördert, zum Beispiel der *Leimena Foundation*.

Zur Absicherung der Macht und im Interesse der Großkonzerne wurde zum Ausgleich der Polizeigeneral Timur Pradopo im Oktober 2010 als Polizeichef ernannt. Dies geschah entgegen aller Proteste der NGOs in Jakarta. Der General war 1998 beim Sturz Suhartos sehr stark in der Instrumentalisierung der Unruhen involviert gewesen, die vor allem gegen die christliche Mittelschicht und die ethnische Minderheit der Chinesen gerichtet waren. Ihm werden gute Kontakte zu fundamentalistischen islamischen Gruppen wie der damaligen *PAM Swakarsa* und der *FPI* nachgesagt.

Gewährleuten aus der NGO-Szene zufolge machen General Pradopo gerade diese Eigenschaften heute so besonders attraktiv für die Sicherung der Macht der Großkonzerne, denn er setzt auch Schießbefehle durch. Das erste Opfer gab es schon: Ein Student der *UBK Universität* wurde bei einer Demonstration Ende Oktober 2010 von einer Kugel getroffen.

Auch Journalisten werden zunehmend an der Ausübung ihres Berufes gehindert wie Zahlen des Interna-

tionalen Presseinstituts belegen. Laut Effendi Ghazali, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Indonesien wurden im Jahr 2010 28 Überfälle auf Journalisten registriert gegenüber 14 im Vorjahr (Metro TV, 19.10.2010, 7.45). Die Errungenschaften der Reformbewegung von 1998 werden damit allmählich zurückgedrängt.

Als der deutsche Politiker Volker Kauder Mitte August 2010 Indonesien besuchte und den Präsidenten SBY traf, erzählte er den Reportern, dass er beeindruckt sei, wie Indonesien die globale Wirtschaftskrise überstanden habe. Er äußerte seine Bewunderung für die indonesische Demokratie, die religiöse Toleranz und Harmonie zu Leitprinzipien erhoben hat. Ironischerweise fanden kurz danach Angriffe islamischer Fundamentalisten auf ein Dorf der Achmadiyah Sekte in West Java statt (Taufik Darusman: *Failing Democracy in: The Jakarta Globe*, September 13, 2010).

Das Regime SBY, das im Ausland, besonders in den USA und Deutschland als »demokratische Regierung« gelobt wird, kann es sich nicht leisten, dass die Presse in voller Breite über Unruhen im Land berichtet. Im Oktober fanden fast wöchentlich Vorfälle statt, wie Überfälle auf Polizeistationen in Nord Sumatra oder Ostindonesien, Angriffe auf Polizeioffiziere und ihre Familien zu Hause oder Sabotagen von Eisenbahnzügen. Demonstrationen, die in wilden Schlachten mit der Polizei enden, gibt es täglich. Dies alles trübt das Bild einer »demokratischen« Regierung erheblich.

Wie soll das Volk denn »ruhig« bleiben?

In den vergangenen sechs Jahren seiner Amtszeit hat SBY aufgrund seiner neoliberalen Politik Konzession auf Konzession an Großkonzerne vergeben. Die Wechselwirkung zwischen Großkonzernen, Mittelstand und informellem Sektor wird an folgendem Beispiel deutlich. Allein in dem Distributionssektor mit Wachstumszahlen von fünf bis acht Prozent haben Großkonzerne wie Carrefour, Hypermarkt oder Alfamart die indonesischen Konsumenten überrollt. Die »Tante Emma« Läden Indonesiens, die »pedagang kaki lima« (PKL) des informellen Sektors, dominierten bisher 80 Prozent der Wirtschaft. Mithilfe einer faschistisch orientierten Kommunalpolizei (Satpol PP) – intern dominiert von rechtsextremen christlichen Kadern des Innenministeriums aus Nord Sulawesi – wurden in den vergangenen Jahren die informellen Kleinhändler buchstäblich mit Gewalt vom Markt gefegt. Zuletzt in diesem Jahr hat der gewalttätige Konflikt zwischen islamischen Kleinhändlern in Tanjung Priok und der Hafenbehörde PELINDO, die im Auftrag des internationalen Großkapitals agierte, Aufsehen erregt (der »Koja-Konflikt« in: J. Suroso, *südostasien* 2/2010, S. 52).

Tatsächlich bleibt auch die Kultur vom Einfluss der Großkonzerne nicht verschont. Sie beeinflussen zunehmend das Konsumverhalten in südostasiatischen

Ländern. Bei den Jugendlichen gilt es als schick, sich in den riesigen, eisgekühlten und Energie verschwendenden Malls aufzuhalten. Die Dorfbevölkerung läuft in Scharen zu den kleineren Mini-Malls wie Indomart oder Alfamart, und trägt somit dazu bei, dass die informellen Händler (PKLs) noch schneller aussterben. Konsumkultur, Werbekultur, Fernsehkultur, Jugendkultur und Popkultur verschmelzen zu einem globalen Wischiwaschi und werden zunehmend von Großkonzernen und ihrer »hidden agenda« bestimmt.

Gibt es Global Player mit sozialer Verantwortung?

Gibt es auch »Global Player«, die andere Wege einschlagen und neben dem »Shareholder Value« auch soziale Verantwortung zeigen? Bekannt sind in Indonesien ausländische Firmen wie Unilever, die von sich aus Konsumentengruppen gegründet und einen quasi demokratischen Dialog mit ihren Kunden aufgebaut haben. Andere Großkonzerne wie Nestlé sind nach wie vor ziemlich aggressiv auf dem Markt, unternehmen jedoch viel für Zielgruppen wie Krankenschwestern und Hebammen, um ihre Produkte besser verkaufen zu können (beispielsweise Kurztrips nach Bali verbunden mit Kurzseminaren). Seit etwa 20 Jahren wird das Prinzip »Corporate Social Responsibility« (CSR) in Indonesien von Großkonzernen umgesetzt. Sogar Freeport hat in der Vergangenheit NGOs nach Timika eingeladen, um »Community Development Programme« auszuarbeiten. Tom Beanal, ein Papua-Aktivist, der gegen Freeport in NewYork klagen wollte, erhält Zuwendungen aus einem CSR Fonds.

Einheimische Großkonzerne, insbesondere Staatsunternehmen (BUMNs) werden zwar per Gesetz dazu verpflichtet, fünf Prozent ihres Gewinns als Kredit für Klein- und Mittelunternehmen zur Verfügung zu stellen. Der eigentliche Skandal ist jedoch, dass am Ende eines Fiskaljahres nur ein Bruchteil dieser Mittel ausbezahlt wird. Das Problem ist der Regierung seit langem bekannt, doch wird nichts unternommen, um es zu beheben.

Dies liegt zum Teil an der Ideologie der Neoliberalen, die davon ausgehen, dass Staatsunternehmen, die zum großen Teil per Grundgesetz Rohstoffe und Ressourcen verwalten müssen (»given wealth« im Gegensatz zum »man made wealth«), nicht effizient sein können und per se korrupt sind. Dass auch private Firmen ineffizient und korrupt sein können, hat das

Beispiel Goldman Sachs und Merrill Lynch der letzten Jahre gezeigt.

In Indonesien ist der Konzern der *Bakrie Family* Sinnbild für Korruption, Lobbyismus, Monopol- und Kartellbildung. Unter den »Croonies« der Familie Suharto, gilt der Bakrie Konzern als der Erfolgreichste. Die Firma PT Bumi Resources aus der Bakrie Holding kam wegen einer Korruptionsaffäre Anfang des Jahres 2010 in die Schlagzeilen. Der Finanzbeamte Gayus Tambunan ist wegen Unterschlagung von 25 Milliarden Rupiah (31,1 Millionen US-Dollar) angeklagt, in Wirklichkeit geht es um 2,3 Trillionen Rupiah noch ausstehender Steuerschulden der Bakrie Firmen Kaltim Prima Coal, Arutmin and Bumi Resources. (Dicky Kristianto in The Australian, May 20, 2010).

Der ehemaligen Finanzministerin Sri Mulyani (siehe auch *südostasien 2/2010*) war aufgefallen, dass Bakrie unter dem Firmennamen PT Adaro Steinkohle aus Kalimantan an eine Firma verkaufte, welche ebenfalls unter dem Namen Adaro in Singapur Steinkohle weit unter dem Weltmarktpreis einkaufte. Die gleichnamige in Singapur ansässige Firma Adaro verkaufte dieselbe Kohle teuer weiter an Abnehmer in aller Welt und schädigte damit den Staat Indonesien um viele Millionen US-Dollar Steuereinnahmen. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Holding Aburizal Bakrie hat indes keine Skrupel, sich gegen 81 Milliarden Rupiah Bestechungsgeld, so wird gemunkelt, zum Vorsitzenden der ehemaligen Regierungspartei Golkar küren zu lassen. Bakrie strebt in einer der nächsten Legislaturperioden die Präsidentschaft Indonesiens an; seine Übernahme mehrerer Fernsehstationen (*TV One und ANTV*) wird dabei unterstützend wirken

Trotz Bakries Macht im »Property Geschäft«, dem Geschäft mit Steinkohle und Medien, können viele Indonesier die im Jahr 2006 durch Ölbohrungen in Ostjava verursachte Schlammruption durch seine Firma Lapindo nicht vergessen. Die Umweltkatastrophe machte 20.000 Menschen arbeits- und obdachlos. Die meisten warten bis heute auf eine Entschädigung durch Bakrie. Obwohl er im letzten Kabinett Sozialminister war, ist nur wenig Geld geflossen.* Präsident SBY vermag es nicht, sich gegen die Macht des Giganten Bakrie durchzusetzen.

Drückt sich dieser wirtschaftliche Einfluss auch in politischer Macht aus? Die Frage »Ist überhaupt zu erwarten, dass für Bakrie Gesetze und Bestimmungen genauso gelten wie für alle anderen?«, kann mit einem eindeutigen »Nein« beantwortet werden. Es ist nicht anzunehmen, dass die Steuerschulden der Bakrie Konzerne in der jetzigen Konstellation jemals bezahlt werden.

Literatur

*) Donald K. Emmerson, Exit Sri Mulyani: Corruption and reform in Indonesia, Stanford University, May 9th, 2010

